

## **DIE MÖGLICHKEIT DER GERECHTEN RICHTERLICHEN ENTSCHEIDUNG**

Prof. DR. TIBOR KIRÁLY

### **1. Die Feststellung der Wahrheit als rechtliche Pflicht**

Im rechtlich geregelten Verfahren können im allgemeinen zwei miteinander zusammenhängende Elemente unterschieden werden: die Feststellung des Tatbestands und die Entscheidung. Das erste ist in der Regel geschichtlich und auch logisch Voraussetzung des zweiten. Die Entscheidung hängt also von der Antwort auf die Fragen „Was ist geschehen?“ oder „Wer ist wer?“ ab; welches Ereignis als Gegenstand des Verfahrens untersucht werden kann, hängt jedoch von dem — vom Recht erlaubten — Entscheidungstyp ab.

Die Feststellung des Tatbestands ist das Ergebnis von Kenntnissnahme und Erkennung der vorgehenden Behörde und ihr Wert hängt davon ab, inwiefern sie wahre Feststellungen enthält. Davon hängt — wenigstens bis zu gewissem Grade — die Gesetzlichkeit der Entscheidung, ja vielleicht sogar auch die Gerechtigkeit ab.

Die Verfahrensgesetze formulieren den Anspruch, im Laufe des Verfahrens die Wahrheit festzustellen. Das Strafverfahrensgesetz (Gesetz I vom Jahre 1973) verfügt in seinem 5. § folgendermaßen: „Aufgabe der Behörden ist es, in jedem Abschnitt des Verfahrens den Tatbestand gründlich und vollkommen zu klären, die der Wahrheit entsprechenden belastenden und entlastenden Umstände festzustellen sowie die die strafrechtliche Verantwortlichkeit erschwerenden und mildernden Umstände gleichermaßen zu berücksichtigen.“

Die Zivilprozeßordnung (Gesetz II vom Jahre 1952 und seine Novellen) setzt sich ebenfalls die Feststellung der Wahrheit zum Ziel, bereits ihr 1. § lautet folgendermaßen: „Ziel dieses Gesetzes ist es..., die Entscheidung der sich ergebenden Rechtsfälle auf Grundlage der Wahrheit zu gewährleisten.“ Auch ihre anderen Bestimmungen schließen sich diesem Gedankenkreis an. Der 3. § besagt folgendes: „Aufgabe des Gerichtes ist es, entsprechend der Zielsetzung des vorliegenden Gesetzes nach Aufdeckung der Wahrheit bestrebt zu sein. Das Gericht trägt daher von Amts wegen Sorge dafür, daß die Parteien im Prozeß ihre Rechte richtig wahrnehmen...“ Im Interesse der Verwirklichung der Zielsetzungen werden vom Gesetz die Verfügungsbefugnisse der Parteien beschränkt. Im Sinne des 4. § ist das Gericht nicht verpflichtet, den

Rechtsverzicht, die Anerkennung eines Rechts oder den Vergleich in Betracht zu ziehen, wenn dies in offensichtlichem Gegensatz zu den angemessenen Interessen der Partei steht.

## 2. Die Grenzen der Erkenntnis<sup>1</sup>

Der erkenntnistheoretische Optimismus des dialektischen Materialismus enthält die These von der Erkennbarkeit der Welt und es besteht daher nach einer in der juristischen Literatur weitverbreiteten Meinung in den Rechtsverfahren kein theoretisches Hindernis bei der Feststellung der Wahrheit. Wenn im Laufe des Verfahrens, besonders des Strafrechtsverfahrens, die Wahrheit nicht festgestellt wird, so ist dies einigen anderen Auffassungen zufolge ausschließlich dem Fehler der Behörden bzw. der Gerichte zuzuschreiben. — Die Stellungnahme in diesen Fragen kann jedoch nicht so einfach formuliert werden.

Auch in den Rechtsverfahren bestehen natürliche und auch rechtliche Grenzen der Erkennung, also der Feststellung der Wahrheit. Gegenstand der Erkennung im Strafverfahren bildet irgendein Ereignis der Vergangenheit. Das Gericht und vor ihm die Ermittlungsbehörde und auch der Staatsanwalt lernen das Ereignis auf indirekte Weise kennen, auf Grund der Wahrnehmungen anderer Personen — des Täters, der Zeugen, des Geschädigten — sowie anderer Spuren des Ereignisses, die an oder in den Gegenständen verblieben sind. Die Veränderungen hervorrufende, Spuren belassende Wirkung des Ereignisses ermöglicht später die Schlußfolgerung auf das Ereignis und auch seine Rekonstruktion. Die Spuren im Gedächtnis — die Erinnerungsbilder sowie die objektiven Spuren an den Gegenständen sind dem Universalgesetz der Veränderung unterworfen. Der Zeuge vergißt, stirbt, die Fußspuren werden zertreten, vom Regen verwaschen, das Papier verbrennt, die am Metall verbliebenen Spuren läßt die Korrosion verschwinden.

Die Veränderung unfafßt jede Bewegung, jede Wechselwirkung und ist die allgemeinste Seinsform aller Gegenstände und Erscheinungen. In den Rechtsverfahren muß die Veränderung, die Bewegung der Materie in Betracht gezogen werden. Der Trassologe beachtet bei der Untersuchung der Spuren, daß sich die Spur und auch der die Spur hinterlassende Gegenstand verändern. Und der Richter berücksichtigt, daß der Zeuge vergißt sowie auch die Tatsache, daß bei Wachrufen der Erinnerungsbilder oft die ursprünglich eingepprägten ergänzt werden. Mit der Zeit können infolge einzelner Faktoren die Veränderungen so stark sein, daß dadurch die Erkennung der Spuren des Ereignisses oder eine zuverlässige Schlußfolgerung auf Grund der verbliebenen Spuren verhindert wird. Wie schnell sich irgendeine Spur verändert oder verschwindet, hängt von den inneren und äußeren Voraussetzungen ab. Unter glücklichen Umständen werden die Spuren der Vergangenheit lange Zeit hindurch bewahrt, doch das ist allgemein nicht der Fall. Ein auf Papier geschriebener Text bleibt an einem trockenen Ort auch über Jahrhunderte bewahrt, doch an einem feuchten Ort wird er schnell zerstört. Das Verbleiben der Bremsspuren



hängt vom Zustand der Straßendecke, dem Verkehr und dem Wetter ab. Um ähnliche Faktoren handelt es sich z.B. beim Verbleiben von Fingerabdrücken, Fuß-, Blut- und allen anderen Spuren. Dem Gesetz der Veränderung ist auch der Mensch unterworfen, die Spur, die er im Gedächtnis bewahrt, verändert sich und verschwindet mit ihm.

Das Verfließen der Zeit kann Hindernis bei der Erkennbarkeit der Straftat bzw. des Rechtsgeschäftes sein. Wir können keine allgemeingültige Regel dafür aufstellen, wie lang diese Zeit ist, da dies von Natur- und anderen Gesetzen sowie auch den, ihre Wirkung fördernden oder bremsenden Umständen abhängt. Es kann einmal der Zeitpunkt eintreten, zu dem infolge der sich abgespielten Veränderungen die vollständige Wahrheit über eine Straftat oder ein anderes Ereignis mit unseren heutigen Methoden nicht mehr festgestellt werden kann; dies wird nicht der untersuchenden Behörde oder dem Gericht zuzuschreiben sein.

Wenn wir im Verfahren von der Erkennung der Straftat, des Rechtsgeschäftes oder irgendeines anderen rechtlich relevanten Faktors sprechen, so denken wir an das Gericht und andere entscheidungsbefugte Behörden. Vom Eintreten solcher Ereignisse haben oder nehmen zahlreiche Menschen Kenntnis: der Täter, der Geschädigte, die vertragschließenden Parteien, die zufälligen Augenzeugen, ihre Verwandten, Freunde und andere. Diese Ereignisse oder einzelne Details davon sind ihnen früher bekannt als den Strafverfolgungs- oder Rechtspflegeorganen, doch kann es auch vorkommen, daß nur sie diese kennen. Die Kenntnisnahme dieser Organe ist in allgemeinen, die des Gerichtes immer sekundär, und ob sie überhaupt stattfindet, hängt in nicht geringem Maße von den Mitteilungen der Personen ab, die primär Kenntnis nehmen (Täter, Geschädigte, Zeugen, vertragschließende Parteien). Das Ereignis kann irgendeinem Kreis von Personen bekannt sein, ohne daß es die untersuchende Behörde oder das Gericht kennenlernt. Das spricht also dafür, daß auch das Noch-Nicht-Kennen von relativer Bedeutung ist, einerseits ist es an Personen, die Mitglieder der untersuchenden Behörde oder des Gerichtes gebunden, andererseits ist es Funktion des Verfließens der Zeit.

### 3. Die rechtlichen Grenzen der Erkenntnis<sup>2</sup>

Das Straf- und Strafverfahrensrecht enthält Vorschriften, die die Einleitung oder Durchführung des Strafverfahrens verhindern. Diese Verfahrenshindernisse oder negativen Verfahrensbedingungen legen zugleich die Grenzen der Erkennung im Strafverfahren fest. Dem ungarischen Recht zufolge kann kein Strafverfahren eingeleitet werden und muß das bereits eingeleitete Verfahren eingestellt oder ein auf Freispruch lautendes Urteil gefällt werden, wenn straffausschließende oder straffaufhebende Gründe bestehen (13. §). Unter den straffaufhebenden, doch auch unter den straffausschließenden Umständen finden wir solche, die die Erkennung der Straftat bzw. mangels des straffausschließenden Grundes einer als solcher qualifizierbaren Handlung im Rahmen des Strafverfahrens ausschließen oder beschränken. Solche sind z.B. der

Tod des Täters, die Verjährung, die Amnestie, das Fehlen des Strafantrags, die Geisteskrankheit, das Kindesalter u.a.

Die Verfahrenshindernisse beschränken jedoch das Strafverfahren nicht ganz automatisch und unbedingt. Zuallererst muß geklärt werden, ob tatsächlich ein Hindernis besteht, und ob dies andererseits in Verbindung mit einem solchen Ereignis steht, daß als Straftat beurteilbar ist. Von Fall zu Fall ändert sich der dazu erforderliche Grad der Aufklärung. Wenn so z.B. von einer unbekannten Person Brand erregt wurde und bei Ermittlung der Vorkommnisse, des Entstehungsortes, des verursachten Schadens usw. festgestellt wird, daß ein Kind der Täter war, so ist man in der Aufklärung und Erkennung des Ereignisses relativ weit vorangekommen. In anderen Fällen, wenn z.B. wegen Verjährung oder Fehlen des zur Einleitung des Verfahrens erforderlichen Strafantrags das Strafverfahren nicht eingeleitet wurde, beschäftigen sich die Behörden gewissermaßen nicht mit der Erkennung der Strafsache.

Das Strafverfahren und so die Erkennung der Straftat können auch rein prozessuale Hindernisse haben. Als Beispiel sind das Fehlen der Anklage, die Rücknahme der Privatklage, das Immunitätsrecht der Abgeordneten und die diplomatische Immunität zu erwähnen. Das sind solche Umstände, die der Einleitung des Verfahrens in Wege stehen oder die verhindern, daß das Verfahren in seinen nächsten Abschnitt tritt. Das ist also gleichbedeutend damit, daß sich die das Ereignis untersuchende Behörde oder die gerichtliche Erkennung vor Hindernisse gestellt sehen.

Charakteristisch für das Strafverfahren ist, daß es nur unter speziellen Verfahrensbedingungen in seinen nächsten Abschnitt (Verhandlung, Berufung, Wiederaufnahme) treten kann. Diese Bedingungen ermöglichen dem folgenden Forum die Erkennung des Falles, ihr Fehlen dagegen stellt ein Hindernis dabei dar. Hinsichtlich der Erkennung durch den Richter hat die Anklage eine besondere Bedeutung. Der 9. § des Gesetzes besagt, daß das Gerichtsverfahren nur auf Grundlage der Anklage eingeleitet werden kann. Das Gericht kann nur über die strafrechtliche Verantwortlichkeit derjenigen Person entscheiden, gegen die Anklage erhoben wurde und nur auf Grund einer solchen Handlung, die die Anklage beinhaltet. Die Bestimmung des Gesetzes, die das Anklageprinzip und die Bindung des Gerichts an die Anklage formuliert, gibt zugleich den Rahmen an, innerhalb dessen das Gericht irgendein Ereignis der Vergangenheit kennenlernen kann. Auch das Zivilprozeßrecht legt die Verfahrensbedingungen und -hindernisse fest. Nur andeutungsweise erwähnen wir die gerichtliche Jurisdiktion, die prozessuale Rechtsfähigkeit der Partei, die Verjährung, die vorfristige Durchsetzung der Forderung als solche, die als Voraussetzungen bzw. Hindernisse des Verfahrens eine Rolle spielen und auf Grund derer das Gericht die Klage abweisen kann (Pp. 130. §). Allgemeine Voraussetzung zur Einleitung des Zivilverfahrens bildet die Einreichung der Klageschrift; das Gericht ist an den in der Klageschrift vorgetragenen Antrag gebunden. Die Entscheidung kann nicht über den Klageantrag bzw. den Gegenantrag hin-



ausgehen (Pp, 215. §). — Auch in der Bindung an den Antrag bzw. die Klageschrift können wir die Grenzen der Erkennung durch das Gericht feststellen.

#### 4. Beweisverbote<sup>3</sup>

Die Erkennung des Richters wird durch die Beweisverbote beschränkt. Diese beziehen sich auf

1. den Beweisgegenstand,
2. das Beweismittel,
3. die Beweismethode.

Die sich auf den Beweisgegenstand beziehenden Verbote betreffen z.B. diejenigen Tatsachen, für die unwiderlegbare Vermutungen sprechen. Eine solche ist das Fehlen der Zurechnungsfähigkeit einer Person mit noch nicht vollendetem 14. Lebensjahr. Ein spezielles Verbot bezieht sich auf den Beweisgegenstand in Verbindung mit der Beleidigung und der Verleumdung. Das Gesetz erlaubt den Beweis der Wahrheit nicht, wenn die Behauptung oder Verbreitung der verleumderischen Tatsache nicht aus öffentlichem Interesse oder der Begünstigung von berechtigtem Interesse anderer geschieht.

Die sich an die Beweismittel anschließenden Verbote können ebenfalls Hindernisse oder wenigstens Schranken der Erkennung darstellen. Der Verteidiger kann nicht als Zeuge dazu verhört werden, was der Angeklagte ihm als Verteidiger mitgeteilt hat; der Angehörige des Angeklagten hat das Recht, die Zeugenaussage zu verweigern. Auch derjenige, der infolge Ausübung seines Berufes in Besitz irgendeines Privatgeheimnisses gelangt ist, hat das Recht, die Zeugenaussage zu verweigern. — Diese und andere im Gesetz festgelegten Hindernisse können zugleich Hindernis für die richterliche Erkennung werden.

Besonders wichtig im Strafverfahren ist die Festlegung der gesetzlichen Beweismethoden. Das Gesetz nimmt dabei die Grundposition ein, daß sämtliche Beweisführung verboten ist, die Gewalt oder Drohung beinhaltet, die verbotenes Eindringen in die Privatsphäre bedeutet oder die den Zeugen oder eine andere Person um das Bewußtsein oder die Handlungsfähigkeit bringt. Von zahlreichen Bestimmungen des Strafverfahrensgesetzes werden diesem Gedankenkreis entsprechend die Anordnungen über die Gesetzlichkeit der Beweisführung formuliert sowie Verbote aufgestellt. Theoretisch möglich und praktisch vorstellbar ist ein solcher Fall, in dem gerade die Anwendung von Zwang, Drohung oder auf das Bewußtsein wirkender chemischer Mittel zur Feststellung der Wahrheit führen würde. Das Gesetz hütet sich jedoch davor, solcherart Methoden zu erlauben, da sie in ihrer endgültigen Wirkung die unbeschränkte Vollmacht zum Mißbrauch mit der Gewalt geben und die Sicherheit der Gesellschaft sowie das Vertrauen der Menschen in die Rechtspflege erschüttern würden. Mit schlechten Methoden können keine dauerhaften, guten Ergebnisse erzielt werden.

Vom Gesetz wird es ausdrücklich verboten, den Beschuldigten oder Angeklagten mit Gewalt, Drohung oder andere ähnliche Weise zum Geständnis zu zwingen. Die Literatur verwirft seit langem das Zwangsverhör und dazu ähnliche Methoden, da diese einerseits ungesetzlich, also verboten und andererseits gefährlich für die Wahrheit sind. Erst nach langen literarischen und politischen Kämpfen gelang es, diese denkwürdige Institution des feudalen Rechts aus dem Gebiet des Rechts zu verbieten und verbannen. (In Ungarn wurde das Zwangsverhör 1791 verboten.) Der Grund für seine Ablehnung war, daß es zur Feststellung der Wahrheit nicht geeignet und für den Menschen erniedrigend ist. Das Zwangsverhör lebt seit seinem Verbot außerhalb des Rechts, verbirgt sich im Geheimen. Kaum jemand könnte all das Leid und die Trauer beschreiben, die von ihm verursacht wurden und kaum glaubt jemand an das Zwangsverhör als Mittel der Gesellschaft zur Aufdeckung böswilliger Taten. Es ist nichts anderes als eine Straftat, primitiver und entarteter Mißbrauch der Gewalt, der nicht nur den leidenden Menschen erniedrigt, sondern auch die Rechtspflege und die Gesellschaft.

Vom Strafverfahrensrecht werden die Rechtsvoraussetzungen und Methoden festgelegt, die bei den einzelnen Beweismitteln angewandt werden können. Aus den Bestimmungen folgt, daß das Gesetz z.B. die Anwendung von Narkotika oder der Hypnose, der Tatbestandsdiagnostik oder des Polygraphen im Laufe des Verhörs nicht erlaubt. Die Rechtspflege und die Kriminalistik haben sich immer nach solchen Methoden und Mitteln geseht, mit denen auf exakte Weise kontrolliert werden könnte was der Zeuge weiß, was er verschweigt, ob er die Wahrheit sagt. Die Entdeckung eines solchen Mittels und sicheren Methode ist Aufgabe der Zukunft, und wenn es sie einmal geben wird, werden sie eine große Hilfe für die Rechtspflege darstellen. Welche Instrumente oder Mittel dies sein werden, wissen wir noch nicht. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß ihre Anwendung einmal vom Recht nur unter gewissen Bedingungen erlaubt werden kann, unter denen sich folgende befinden müssen: Dem Beschuldigten, dem Täter gegenüber sind sie nicht anwendbar, da dessen Handlungsfähigkeit und Verteidigungsfreiheit nicht beschränkt werden kann; auch dem Zeugen gegenüber kann kein solches Mittel oder keine solche Methode angewendet werden, die ihn — wenn auch nur vorübergehend — seines Bewußtseins und seiner Handlungsfähigkeit berauben; die Anwendung kann nur bei entsprechenden Garantien für die Unbefangenheit, die Verwirklichung der Verfahrensprinzipien sowie die Kontrolle des Gerichts durch die Parteien erfolgen.

Zu den verbotenen Beweismethoden können wir alle anderen, auf Erbringung von Beweisen gerichteten, rechtswidrigen Methoden zählen. Deren Möglichkeiten wurden von der modernen Technik weitgehend vergrößert, denken wir z.B. nur an nachrichtentechnische und andere Mittel. Dafür, ob irgendeine Methode rechtswidrig, also verboten ist, können wir die Kriterien am ehesten an zwei Stellen suchen: im Strafrecht und im Verfahrensrecht. Wenn das Strafgesetzbuch das Brief- und Fernmeldegeheimnis schützt und es auch für Zwecke des Strafverfah-



rens nur auf vom Gesetz erlaubte Weise, und zwar den Vorschriften über die Einziehung von Postsendungen zufolge aufgedeckt werden kann, dann folgt daraus, daß jede andere Verschaffung des Geheimnisses rechtswidrig ist und es somit als Beweismittel unbrauchbar ist.

Für Theorie und Praxis des Strafverfahrens stellt es immer eine schwierige Frage dar, was mit den rechtswidrig erworbenen Beweisen geschehen soll. Können sie von der Ermittlungsbehörde, dem Staatsanwalt dem Richter verwendet werden oder nicht, sollen sie vielleicht gerade durch den Verzicht darauf auf die Feststellung der Wahrheit verzichten? Die am nächsten liegende Antwort auf die Frage ist, daß keine Beweise auf rechtswidrige Weise erworben werden sollen. In der Gewährleistung dafür kommt dem Gericht eine entscheidende Rolle zu. Wenn nämlich das Gericht in den Kreis seines Ermessens keine rechtswidrig erworbenen Beweise einbezieht, verliert der rechtswidrige Erwerb der Beweise seinen Sinn.

Das ungarische Recht enthält einige Normen, die sich auf die ungesetzlich erworbenen Beweise beziehen. Die Zeugenaussage ist als nichtig zu betrachten, wenn der Zeuge verhört, aber nicht auf die Befreiung von der Zeugnispflicht aufmerksam gemacht wurde. Hinsichtlich anderer Beweismittel werden vom Gesetz keine speziellen Nichtigkeitsregeln aufgestellt, auf sie beziehen sich die allgemeinen Nichtigkeitsregeln. Der Staatsanwalt kann eine Nachuntersuchung verfügen, wenn solche Verfahrensregeln verletzt wurden, durch die die Erledigung der Angelegenheit wesentlich beeinflußt wird, so besonders, wenn der Beschuldigte oder der Verteidiger ihre gesetzlichen Rechte nicht wahrnehmen konnten (156. §). Das Gericht zweiter Instanz setzt im Strafverfahren das Urteil der ersten Instanz außer Kraft und verfügt ein neues Verfahren, wenn eine solche Verletzung der Verfahrensregeln geschehen ist, wodurch das Urteil wesentlich beeinflußt wurde. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die am Verfahren beteiligten Personen ihre gesetzlichen Rechte nicht wahrnehmen konnten, oder an deren Wahrnehmung gehindert waren (261. §). Diese Bestimmungen geben zusammen mit dem Prinzip des freien Ermessens der Beweise dem Gericht und zuvor auch dem Staatsanwalt das Recht, aus dem Beweismaterial alle Beweismittel zu entfernen, die gesetzswidrig erworben wurden.

Aufgabe des Verfahrens und besonders des Strafverfahrens ist es, die Wahrheit festzustellen, doch diese Aufgabe kann nicht zu gleich welchem Preis erfüllt werden. Davon zeugen bereits die Verfahrensgrundsätze und Vorschriften über die Form des Verfahrens, doch besonders die Normen und Verbote über die Beweismittel und -methoden. Wir zweifeln nicht daran, daß die das Strafverfahren bestimmenden positiven Normen, die ein ihnen entgegengesetztes Verfahren und Beweisführung verbieten, die Feststellung der Wahrheit bezwecken. Wir können die Voraussetzung oder die Vermutung annehmen, daß ein den gesetzlichen Normen und den formalen Anforderungen entsprechendes Verfahren zur Feststellung der Wahrheit führt und umgekehrt, daß das unter schwerer Verletzung der Verfahrensregeln durchgeführte Verfahren sowie die Beweisführung

die Wahrheit nicht beweisen und ergeben. Eine in solchem weitem Sinne aufgefaßte verbotene Beweisführung führt also nicht zur Wahrheit. Viele können Beispiele und Argumente dafür anführen, daß die ungesetzlichen Verfahrens- und Beweismethoden in irgendeinem Fall zu Erfolg geführt haben oder führen können und damit argumentieren, daß nicht das gesetzliche Verfahren Kriterium der Wahrheit ist, sondern die gesellschaftliche Praxis. Doch die gesetzesverletzenden, willkürlichen Strafverfahren und Methoden sind, wie dies die gesellschaftlichen Erfahrungen bezeugen, in ihren letzten Auswirkungen auf die Gesellschaft außerordentlich gefährlich. Gefährlicher, als die Nützlichkeit der erfolgreichen, aber ungesetzlichen Enthüllung der Straftat und des Täters. Notwendig und gesetzmäßig ist es, daß die willkürlich durchgeführten Strafverfahren in gesellschaftlichem Maße schließlich nicht der Wahrheit, sondern der Willkür dienen. Das wird durch die gesellschaftliche Praxis bezeugt.

### **5. Beweisführung die Tatsachen der Gegenwart betreffend**

Sowohl im Straf- als auch im Zivilverfahren kann nicht nur die Erkennung der Tatsachen der Vergangenheit, sondern auch die Erkennung der Gegenwart erforderlich werden. Das Strafrecht beansprucht mehr und mehr die Erkennung der Persönlichkeit des Täters und im Zivilverfahren muß oft über solche Fragen Urteil gesprochen werden, deren Erkennung sich nicht auf die Vergangenheit stützt, sondern gegenwärtig ist. So muß z.B. das Kind bei einem der geschiedenen Eltern untergebracht werden, in Patent- oder Neuerersachen geurteilt werden. Das Recht erlaubt bei der Erkennung der Tatsachen der Gegenwart die Inanspruchnahme der gleichen Methoden und Beweismittel, wie bei der Erkennung der Tatsachen der Vergangenheit. Es werden das Anhören der Parteien, der Zeugen und Sachverständigen sowie die Augenscheinnahme erlaubt, d.h. in der Welt des Rechts beansprucht die Erkennung der Tatsachen der Gegenwart keine neuen Methoden und Mittel. Infolgedessen ähneln die Schwierigkeiten und Probleme denen bei der Erkennung der Vergangenheit, obgleich die Erkennung der Gegenwart manchmal einfacher ist, da sie für unsere Sinne leichter erreichbar ist.

### **6. Die Beweiswürdigung<sup>4</sup>**

Der Weg zur Feststellung der Wahrheit ist im Straf- oder Zivilverfahren die Beweisführung. Ihr Ziel ist die Erkennung bzw. die Bekanntmachung, doch kann auch die Überzeugung von der Wahrheit irgendeiner Behauptung ihr Ziel sein. Die Elemente der Bekanntmachung oder Überzeugung treten besonders in der Beweistätigkeit der Parteien stark hervor, die bemüht sind, vor der Behörde oder dem Gericht die Wahrheit der behaupteten Tatsachen oder Hypothesen nachzuweisen.

Das Beweissystem, dem im Straf- und Zivilverfahren gefolgt wird, wird als freies Beweissystem qualifiziert. Die Freiheit wird durch zwei Charakterzüge ausgedrückt: einerseits können jegliches Beweismittel und



jeglicher Beweis frei verwandt werden, die zur Feststellung des Sachverhalts geeignet sind, andererseits werden die Beweise und Beweismittel in ihrer Gesamtheit vom Gericht frei eingeschätzt und der darauf basierenden Überzeugung nach beurteilt. Die Beweismittel sind: die Zeugenaussage, das Sachverständigengutachten, das objektive Beweismittel, die Urkunde, der Augenschein, der Beweisversuch, das Vorzeigen zwecks Erkennung, das Geständnis des Beschuldigten. Das Zivilprozeßrecht verbietet ausdrücklich die Anwendung des Eides als Beweismittel.

In der Fachliteratur ist es strittig, ob außer den aufgezählten Beweismitteln auch andere in Anspruch genommen werden können. Als beherrschend ist jetzt nun der Standpunkt zu bezeichnen, dem zufolge andere Beweismittel als die vom Gesetz ausdrücklich genannten, nicht in Anspruch genommen werden können. Besonders zwei Argumente sprechen für diesen Standpunkt. Das eine lautet, daß die möglichen Beweismittel vom Gesetz auf Grund geschichtlicher Erfahrungen formuliert wurden, das andere besagt, daß, wenn das Gesetz auch andere Beweismittel erlauben würde, als die von ihm genannten, müßten auch – der Struktur des Gesetzes entsprechend – diejenigen Verfahrensformen bezeichnet werden, unter denen das Beweismittel in Anspruch genommen werden kann.

Bei der freien Bewertung der Beweismittel und Beweise unterscheiden wir schematisch vier Momente. *a)* Die Entscheidung dessen, welches Beweismittel glaubhaft, glaubwürdig ist (die Glaubwürdigkeit des Zeugen, ob die von ihm gemachte Aussage gänzlich oder nur zu einzelnen Teilen frei von Irrtümern ist; ob der materielle Beweis echt oder fingiert ist, ob er zwischenzeitlich irgendeine Veränderung erlitten hat); *b)* Welche Tatsachen den als glaubhaft angenommenen Beweismitteln entstammen, welche als wirklich, wahr zu betrachten sind; *c)* Die Zusammenfügung der als wahr angenommenen Tatsachen, Schlußfolgerung von einzelnen Tatsachen auf andere; Rekonstruktion des gesamten Tatbestands; *d)* Die Untersuchung bzw. der Ausschluß der entgegengesetzten bzw. anderer Möglichkeiten.

Der jetzt beschriebene Gang der Bewertung ist tatsächlich nur ein Schema und kann weder in seinen Momenten noch in deren Reihenfolge als allgemein zu folgend betrachtet werden. Die Momente setzen sich nämlich einander gegenseitig voraus, gehen ineinander über und sind nicht genau zu unterscheiden. Die die Beweisführung durchführende Behörde (das Gericht) schätzt und bewertet die Beweismittel und Beweise während des gesamten Verlaufs der Beweisführung; der Wert der einzelnen Mittel und Beweise entwickelt sich, steigt oder sinkt während der ganzen Beweisführung. In die Bewertung können auch andere Momente eingeschaltet werden. In manchen Fällen ist es begründet, besonders einzuschätzen, ob z.B. die Beweisführung gesetzlich war.

Die Bewertung ist eine komplexe geistige Tätigkeit, an der die Weltanschauung, Lebensbetrachtung, die psychischen Eigenschaften und das gesamte Bewußtsein des Menschen teilnehmen. Die Bewertung der Beweise ist eine Problemlösung, im Laufe derer mehrere Fragen (Probleme) entschieden werden müssen.

Die Behörde (das Gericht) verfügt bei der Bewertung über keine unbeschränkte Freiheit in dem Sinne, daß sie sich nach den erwähnten Regeln zu richten hat. Während ihrer Tätigkeit kann sie sich auf exakte Regeln stützen, z.B. bei der Identifizierung von Fingerabdrücken auf biologische Gesetze, beim Zusammenstoß von Fahrzeugen auf mechanische Gesetze, bei der Feststellung der tödlichen Giftdosis auf die Medizin. In zahlreichen Fällen jedoch findet sie keine exakten Regeln, z.B. dann, wenn sie bei verbalen Straftaten auf Grund der gegensätzlichen Zeugenaussagen entscheiden muß. Wenn in diesen Fällen Zweifel verbleiben, entscheidet das Gericht nach der Regel „In dubio pro reo“. Es hat jedoch das Recht, einer der gegensätzlichen Aussagen zu glauben und die andere zu verwerfen; seine Entscheidung muß es jedoch auch hierbei begründen.

Die Beurteilung nach der Überzeugung (inneren Überzeugung) ist auf die Bewertung gebaut. Bei der Herausbildung der Überzeugung sowie in der Entscheidung des Gerichts und im Strafverfahren bezieht sie sich hauptsächlich auf die Frage, ob der Angeklagte schuldig oder unschuldig ist. Wenn das Gericht in diesen Fragen zu keiner entschiedenen Überzeugung gelangen konnte, muß es einen Freispruch fällen. Der Überzeugung kommt (im Strafverfahren) auch in den Entscheidungen anderer Behörden Bedeutung zu: in der Anklageerhebung des Staatsanwalts, in der Entscheidung der Ermittlungsbehörde, daß sie die Ermittlung nicht einstellt und die Sache dem Staatsanwalt zur Anklageerhebung zuleitet.

Das Zivilprozeßrecht weist auch besonders darauf hin, daß vom Gericht auch nach Überzeugung — auf Grund der Einschätzung im Vergleich zu den Prozeßangaben — beurteilt wird, welche Bedeutung dem zuzumessen ist, daß die zu persönlichem Erscheinen geladene Partei nicht erschienen ist, daß die Partei oder ihr Vertreter irgendeinem Aufruf nicht Folge leisten, die ihnen gestellte Frage nicht beantworten oder erklären, daß sie vom Bestehen irgendeiner Tatsache nichts wissen oder sich nicht erinnern.

Bei der Herausbildung der Überzeugung wird von den Gesetzen nicht einem einzigen Beweismittel Vorrangigkeit eingeräumt, die Beweismittel haben keine im Voraus festgelegte Beweiskraft. Diese Regel gewährleistet die Herausbildung der Überzeugung ohne gesetzliche Bindungen. Vom Gesetz wird keine Reihenfolge der Beweismittel aufgestellt, es mißt z.B. der Meinung des Sachverständigen keine größere Beweiskraft zu, als der Zeugenaussage oder den materiellen Beweisen gegenüber der Aussage des Beschuldigten. Aufgabe des zur Entscheidung berufenen Gerichts (der Ermittlungsbehörde) ist es, seiner Überzeugung nach die Beweiskraft der in den Beweismitteln ausgedrückten Tatsachen zu bewerten.

Die Feststellung des Tatbestandes hat im Verfahren der Wahrheit entsprechend zu geschehen. Die Feststellung muß auf logischen und prozessualen Beweisen ruhen, die festgestellte Wahrheit muß also zugleich Gewißheit sein.



Die Gewißheit ist kein innerer, kein Bewußtseinszustand, sondern eine objektive Kategorie. Im Verfahren, besonders aber im Urteil wird die Gewißheit dann erreicht, wenn das Gericht seine Feststellungen

- auf gesetzliche und glaubwürdige Beweismittel begründete;
- die Logik den wissenschaftlichen Regeln zufolge anwandte;
- wenn die Beweismethode und das Verfahren den Gesetzen entsprach;
- wenn zu den Feststellungen entgegengesetzte Möglichkeiten ausgeschlossen wurden.

Eine diesen Forderungen entsprechende Feststellung ist in juristischem Sinne gewiß.

Das im Zivil- und Strafverfahren akzeptierte Beweissystem, das freie Beweissystem, unterscheidet sich von dem, das legale Beweissystem ablösende, hauptsächlich für das Schwurgerichtsverfahren kennzeichnende, freien Beweissystem. Letzteres war von intuitiven, emotionellen Elementen durchwoben. In dem jetzt gültigen Beweissystem muß der Richter das Urteil begründen. Er muß die beweisenden Fakten aufzählen, auf die er das Urteil begründete, die Schlußfolgerungen, mit deren Hilfe er das Urteil schuf. Es genügt nicht, wenn er sagt: „Ich glaube, daß . . .“ oder „Ich bin überzeugt davon“, sondern er muß auch sagen, warum er das glaubt, was er im dispositiven Teil ausgesprochen hat und warum der Tatbestand wahr ist, den er in der Begründung des Urteils niederschreibt. Er muß das Urteil mit rationellen Gründen und Argumenten begründen.

Für das Beweissystem unserer Zeit ist es in immer größerem Maße charakteristisch, daß die Naturwissenschaften und die technischen Wissenschaften in die Beweisführung eindringen. Besonders die Sachverständigengutachten vertreten das Gebiet, in dem die erwähnten Wissenschaftszweige anwendbar sind, wo sie der Feststellung der Wahrheit zu Hilfe eilen. Die Anstrengungen, die in Ungarn im Interesse des Ausbaus des Sachverständigensystems des Rechtswesens unternommen wurden, sind beachtenswert. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Anwendung der technischen und Naturwissenschaften immer besser ausgerüstete Laboratorien verlangt, wurde ein Netz von Sachverständigeninstituten des Rechtswesens ausgebaut. Sie funktionieren auf dem Buchführung-, technischen, medizinischen bzw. chemischen (toxikologischen) Fachgebiet und an sie schließen sich die gerichtsmedizinischen Institute der medizinischen Universitäten an. In den Fachbereichen, in denen keine Justizsachverständigeninstitute geschaffen wurden, können bei der Sachverständigentätigkeit andere wissenschaftliche oder Forschungsinstitute in Anspruch genommen werden. Die Überprüfung der Sachverständigengutachten geschieht im allgemeinen durch Kollegien, so z.B. die Justizkommission des Wissenschaftlichen Rates des Gesundheitswesens oder die Sachverständigenkommission der Buchführung sowie die Technische Sachverständigenkommission des Justizwesens.

Eine sehr wichtige Tatsache stellt es dar, daß die erwähnten Sachverständigeninstitutionen nicht nur vom Gericht, der Ermittlungsbehörde oder dem Staatsanwalt bestellt werden können, sondern daß auch die Verteidiger, die Rechtsvertreter oder andere Teilnehmer des Verfahrens sowie auch Privatpersonen sich zwecks Gutachten an sie wenden können. Im Bereich des Budapester Hauptstädtischen Gerichts sind nach fachlicher Einteilung mehr als 100 verschiedene Sachverständige registriert und in wenigstens 40% der Strafsachen werden Sachverständige in Anspruch genommen. Nichts beweist besser als diese Umstände, daß sowohl im Zivil- als auch im Strafverfahren die wissenschaftliche Fundierung bei der Schaffung der Urteile und Entscheidungen zunimmt und daß die Methoden einem immer größeren Raum einnehmen, die auf exakte Weise — durch die Beweisführung — das Erreichen der Gewißheit erlauben.

Natürlich glauben wir nicht, daß die Sachverständigen unfehlbar sind. Der Meinung des behördlich bestellten Sachverständigen gegenüber kann auf Antrag der Partei ein anderer Sachverständiger bestellt werden und im Zweifelsfall kommt es zur fachlichen Überprüfung des Gutachtens. Auch das Sachverständigengutachten ist der richterlichen Ermessenstätigkeit unterworfen und es ist möglich und kommt vor, daß das Gericht die Sachverständigengutachten in Frage stellt, neue Angaben beschafft oder feststellt, die das Gutachten abschwächen oder ganz einfach widerlegen.

### 7. Onus probandi<sup>5</sup>

Sowohl für das Zivil- als auch das Strafverfahren ist gleichermaßen kennzeichnend, daß das Gericht nicht an die Beweisanträge der Parteien gebunden ist und die Beweisführung auch von Amts wegen anordnen kann. Gerade die Pflicht zur Feststellung der Wahrheit ist es, die das Gericht dazu veranlassen kann, die Untersuchung der Beweismittel auch ohne Antrag der Parteien, von Amts wegen zu verfügen. Das Gericht hat zwar auch in Zivilangelegenheiten das Recht, sein Urteil auf das Geständnis der Gegenpartei oder die übereinstimmende Erklärung beider Parteien oder den von der anderen Partei nicht in Zweifel gezogenen Vortrag der einen Partei zu begründen. Allgemeines Prinzip ist es jedoch, und das ist die Regel „Onus probandi“, daß die zur Entscheidung des Zivilprozesses erforderlichen Tatsachen von der Partei bewiesen werden müssen, in deren Interesse es steht, daß diese vom Gericht als wahr angenommen werden. Wenn also der Rechtsstreit auf Grund der zur Verfügung stehenden Beweise nicht entschieden werden kann und wenn Zweifel verbleiben, wendet das Gericht diese Regel an. Die richterliche Unkenntnis oder Unerkennbarkeit der Tatsachen, die sich ihnen anschließenden Zweifel oder die Ungewißheit fallen demjenigen zur Last, der sich auf diese Tatsachen berufen hat.

Das Strafverfahrensrecht löst mit der Vermutung der Unschuldigkeit und dem Prinzip „In dubio pro reo“ diejenigen Situationen, in denen



irgendwelche Tatsachen von Gericht nicht erkannt werden oder bezüglich der Wahrheit der Tatsachen Zweifel bestehen bleiben. In der ungarischen Rechtswissenschaft wurde bereits ganz zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Notwendigkeit der Vermutung der Unschuldigkeit verkündet. Die Schlußfolgerungen dieses Prinzips wurden in der ungarischen Kodifikation auch immer gezogen. Doch erst das Gesetz des Jahres 1973 formulierte ausdrücklich (*expressis verbis*) die Vermutung der Unschuldigkeit sowie die Regel „*In dubio pro reo*“. Das Gesetz besagt, daß der Beweis der Schuld in den Strafsachen Aufgabe der vorgehenden Behörden ist und daß der Beschuldigte nicht verpflichtet werden kann, seine Unschuld zu beweisen. Es besagt auch, daß eine nicht ohne jeden Zweifel bewiesene Tatsache nicht zu Lasten des Beschuldigten bewertet werden kann. Die Schlußfolgerungen dessen werden vom Gesetz in den verschiedenen Stadien des Verfahrens gezogen; unter den Verfügungen bezüglich des Urteils besagt es, daß der Angeklagte freizusprechen ist, wenn die Verübung der Straftat nicht bewiesen ist bzw. wenn nicht bewiesen ist, daß die Straftat vom Angeklagten verübt wurde. Und all dies ist auch dann nicht bewiesen, wenn Zweifel verblieben sind. Die Vermutung der Unschuldigkeit wird vom Gesetz durch die klassische Formel ausgedrückt: „Keiner kann als schuldig betrachtet werden, solange seine strafrechtliche Verantwortung nicht durch einen rechtskräftige Entscheidung des Gerichts festgestellt wurde.“ Die Worte des Gesetzes stimmen überein mit den Worten der Urkunde der Internationalen Übereinkunft der Vereinten Nationen über zivile und politische Rechte. Darin steht: „Jede Person, die wegen Verübung einer Straftat angeklagt ist, hat das Recht, daß sie solange als unschuldig zu betrachten ist, bis ihre Schuld dem Gesetz nach nicht bewiesen wurde.“ (Artikel 14, Punkt 2). Die Übereinkunft wurde von Ungarn mit der 8. Verordnung mit Gesetzeskraft des Jahres 1976 proklamiert.

## 8. Justizirrtum<sup>6</sup>

In Ungarn werden von den Gerichten jährlich annähernd 80 000 Strafsachen beurteilt (etwa 20% davon sind Privatklagedelikte). Die Zahl der Zivilangelegenheiten erreicht jährlich 200 000. Es ist schwer vorstellbar, daß es unter so vielen Fällen und so zahlreichen Gerichtssensentscheidungen nicht auch Fehlentscheidungen gibt. Vom richterlichen Irrtum unterscheiden wir natürlich den Fall, in dem der Richter bewußt eine falsche Entscheidung trifft, wenn das Urteil also nicht Akt der Rechtsprechung ist, sondern Mißbrauch der Macht. Wenn wir zugeben, daß das richterliche Urteil irrtümliche Feststellung enthalten kann, dann müssen wir anerkennen, daß das Recht für die Möglichkeit der Berichtigung der Irrtümer Sorge tragen muß. Dem dient das Berufungssystem. Das Recht spricht demnach allein dem rechtskräftigen Urteil die Eigenschaft zu, die Wahrheit zu beinhalten (*res indicata pro veritate habetur*).

Weder theoretisch noch praktisch können wir jedoch die Möglichkeit ausschließen, daß auch das rechtskräftige Urteil einen faktischen

Irrtum enthält. Was folgt daraus als Aufgabe für das Recht? Es muß gewährleisten, daß der Irrtum aufdeckbar ist und auf Grund der in einem neuen Verfahren festgestellten Tatsachen die Nichtigkeit des den Irrtum enthaltenden rechtskräftigen Urteils deklariert werden kann. Außerdem muß es gewährleisten, daß eine neue richtige und wesentliche Entscheidung getroffen werden kann. Diesen Zielen dienen im ungarischen Recht die außerordentlichen Rechtsmittel, die Wiederaufnahme des Verfahrens und der Kassationsantrag.

Vor die Ausschaltung des richterlichen Irrtums, die Feststellung der Wahrheit könnte prinzipiell auch im Falle eines rechtskräftigen Urteils kein Hindernis gestellt werden. Die Erfahrung jedoch bewies die Einführung einiger. Solche sind z.B. das Verbot der Straferhöhung (Verbot der reformation in peius) und das Verstreichen der Zeit, wodurch die Verjährung der Strafbarkeit eintritt oder daß das Urteil nicht zu Lasten des Angeklagten verschärft werden kann. (Im Fall eines Kassationsantrags beträgt diese Zeit ein Jahr nach Eintritt der Rechtskraft.)

Die Gründe der falschen richterlichen Entscheidungen sind bei uns bisher noch eingehend aufgedeckt worden, doch wurde auf zahlreiche fallweise Fehler im Laufe der Rechtsmittelverfahren hingewiesen. Offensichtlich deswegen, weil unter die Gründe für den Irrtum die natürlichen Grenzen der Erkennung gereiht werden müssen: die täuschenden Aussagen von Parteien und Zeugen; die bei der Organisation der Aufdeckung des Tatbestands verübten Fehler; die Grenzen der subjektiven Fähigkeiten des Richters, die Schwäche des richterlichen Urteilsvermögens.

Wenn wir die Frage so stellen, ob im Verfahrensrecht ein solcher immanenter Grund besteht, der notwendigerweise zu richterlichem Irrtum führt, so müssen wir antworten, daß es einen solchen Grund nicht gibt. Die Verfahrensbefugnis, die den Parteien zustehenden Rechte, die Gleichheit der Parteien im Verhandlungsabschnitt, das freie Beweissystem, die Wählbarkeit und Unabhängigkeit der Richter und andere Regeln stellen solche Garantien dar, die ein Hindernis dessen sind, daß die im Verfahrensrecht liegenden Gründe einen Irrtum hervorrufen können.

Mehr als 80% der in Strafasachen gefällten richterlichen Urteile werden vor dem erstinstanzlichen Gericht rechtskräftig. In Zivilangelegenheiten ist dieses Verhältnis noch günstiger, insgesamt 85% der Urteile werden in erster Instanz rechtskräftig. Darin kommt zum Ausdruck, daß in der großen Mehrzahl der Fälle das Urteil von den Parteien, ihren Vertretern oder den Verteidigern angenommen wurde bzw. sie dessen Tatsachenfeststellungen und die darauf gegründeten rechtlichen Schlußfolgerungen für sich als annehmbar und gesetzlich beurteilten.

Im Laufe des Rechtsmittelverfahrens bzw. des Berufungsverfahrens werden im allgemeinen die Fehler festgestellt, die vom erstinstanzlichen Gericht bei Feststellung des Tatbestands, im Laufe des Beweisverfahrens verübt wurden und diesen wird vom zweitinstanzlichen Gericht selbst abgeholfen oder es weist das erstinstanzliche Gericht zu einem neueren Verfahren an. Die Zahl der außerordentlichen Rechtsmittel ist relativ



niedrig. In den Strafsachen betragen die Wiederaufnahmen des Verfahrens nicht einmal 100. Die Zahl der vom Vorsitzenden des Obersten Gerichts und dem Obersten Staatsanwalt jährlich (in Strafsachen) gestellten Kassationsanträge beträgt weniger als 500. Die Wiederaufnahme des Verfahrens und manchmal die Beurteilung der Kassationsanträge werfen Licht auf die Schwächen des Grundverfahrens und innerhalb dessen auch der Ermittlung. Es ist vorgekommen, daß bereits am Tatort der Straftat die nicht wieder gutzumachenden Fehler verübt wurden, wegen derer später die beruhigende Aufdeckung der Angelegenheit, die Klarstellung der Tatsachen nicht erfolgen konnte. (Z.B. wurde am Tatort herumgegangen, aus Unaufmerksamkeit verschwanden die am Tatort zu findenden objektiven Beweismittel.)

### 9. Die einheitliche Rechtsanwendung

Wenn das Gericht einen der Wahrheit entsprechenden Tatbestand festgestellt hat, hat es die Aussicht, eine gesetzliche und gerechte Entscheidung zu treffen. Wenn wir jetzt auch von dem geringsten Versuch absehen müssen, die Beschreibung solcher alter und oft diskutierter Kategorien zu unternehmen, wie die der Gesetzlichkeit und der Gerechtigkeit, ist vielleicht dennoch soviel gestattet, darauf hinzuweisen: die Gerechtigkeit beinhaltet – sozusagen jeder Theorie nach – das Prinzip der Gleichheit. Gerech ist die Handlung dann, wenn jedes Element der identischen Kategorien der Wahrheit gleich behandelt wird.

Zu den Eigenschaften der gerechten Entscheidung gehört nicht nur, daß sie wahr ist, auf wahren Tatbestand beruht, sondern auch, daß die rechtliche Qualifizierung des Tatbestands sowie die Feststellung der Rechtsfolgen den Forderungen der Gleichheit entsprechen. Es muß vielleicht nicht gesagt werden, welche Bedeutung hinsichtlich all dessen der einheitlichen Richterpraxis zukommt.

Der 14. Beschluß des Jahres 1973 des Präsidialrates der Volksrepublik über die rechtspolitischen Grundprinzipien der Rechtsanwendung betonte die Wichtigkeit der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung. Er wies darauf hin, daß die Rechtsnormen einheitlich, ihren gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zielen entsprechend angewandt werden müssen. Die manchmal noch widersprüchliche, formelle und subjektive Rechtsinterpretation bzw. Rechtsanwendung muß aufgehoben werden. Die die Rechtsanwendung leitenden Organe sollen die Herausbildung der richtigen und einheitlichen Rechtspraxis mit ihren Stellungnahmen fördern.

Bei der Gewährleistung der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung kommt dem Obersten Gericht eine hervorragende Rolle zu. Das Oberste Gericht übt im Interesse der Gewährleistung der Gesetzlichkeit und der Einheit der Rechtsanwendung die prinzipielle Leitung über die Rechtsprechung der Gerichte aus. Es schafft Richtlinien und grundsätzliche Entscheidungen und gibt den Gerichten mit der Veröffentlichung von Stellungnahmen und Gerichtsbeschlüssen Wegweisung. Die Richtlinien

und grundsätzlichen Entscheidungen sind für die Gerichte bindend. Sie werden im Amtsblatt veröffentlicht. Das Kollegium des Obersten Gerichts trifft in Fragen, die keine Feststellung von Richtlinien oder grundsätzlichen Entscheidungen beanspruchen, im Interesse der Förderung der Einheit der Rechtsanwendung Stellungnahmen des Kollegiums.

Das Oberste Gericht hat seit 1952, innerhalb seiner Tätigkeit 12 Richtlinien, 38 zivile und 37 strafrechtliche Grundsatzentscheidungen geschaffen. Die Zahl der Stellungnahmen des Zivilkollegiums überschreitet 400, die Zahl der des Straf- und Militärkollegiums 530. Auch diese Zahlen lenken die Aufmerksamkeit darauf, daß die umfassenden Fragenbereiche in Richtlinien geregelt werden. Die Richtlinie Nr. 12 handelt von der Bewertung der strafscherwerenden und strafmindernden Umstände im Interesse der einheitlichen Gestaltung der Strafzumessungspraxis; auf Grund ihres Inhalts umfaßt sie sozusagen die Problematik der gesamten Strafzumessungspraxis und enthält wichtige Direktiven.

Die Stellungnahmen der Kollegien sind für die Gerichte nicht bindend. In der Praxis sieht es dennoch so aus, daß die vom Straf-, Militär- oder Zivilkollegium des Obersten Gerichts geschaffenen Stellungnahmen tatsächlich befolgt werden, und zwar nicht mit der Kraft der Rechtsnorm, sondern angesichts der Autorität, die die Gerichtspraxis des Obersten Gerichts genießt. Es ist wahr, daß diese Autorität auch dadurch gestützt wird, daß diejenigen Urteile, die wesentlich von der in den Stellungnahmen gegebenen Richtung abweichen, durch Berufung, eventuell durch einen Kassationsantrag angegriffen werden.

Die Herausbildung der einheitlichen Rechtsanwendung wird durch die Berechtigung auf Einlegen von Berufung unterstützt, die die Möglichkeit dazu eröffnet, daß von den zweitinstanzlichen Gerichten die Einheit der Rechtsanwendung ausgearbeitet wird. Sowohl im Zivil- als auch in Strafverfahren ist die Berechtigung auf Einlegen von Berufung unbeschränkt. Im Zivilverfahren ist dieses Recht z.B. nicht an die Summe des Prozeßgegenstandes gebunden und ist auch nicht anderen ähnlichen Beschränkungen unterworfen. Im Strafverfahren kann sich die Berufung gegen gleich welche Verfügung des Urteils oder auch ausschließlich gegen die Begründung wenden und die Berufung ist aus materiellen Rechtsgründen oder auch aus verfahrensrechtlichen Gründen erlaubt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rolle des Staatsanwalts, dem sowohl im Straf- als auch im Zivilprozeß die Berechtigung auf Einlegen von Berufung auch dann zukommt, wenn er am Verfahren bis dahin nicht teilgenommen hat. Er schützt auf diese Weise die gesetzlich gewährten Rechte der Rechtspersonen und der Staatsbürger. Das Ziel der Berufung des Staatsanwalts besteht darin, dabei mitzuwirken, daß die Gesetze vom Gericht richtig angewandt werden; der Staatsanwalt fördert auf diese Weise die Herausbildung und Erstarkung der einheitlichen Rechtsanwendung.

In den Strafsachen erwarten wir von der Rechtspflege, daß in Sachen ähnlicher Schwere und ähnlichen Typs, die von Tätern verübt wur-



den, die über ähnliche persönliche Gegebenheiten und Umstände verfügen, größtenteils identische Strafen und Maßnahmen angewandt werden. Das erfordert nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch die Tatsache, daß identische Umstände den Erfolg und die Wirksamkeit einer identischen Strafe wahrscheinlicher machen. Diese Erwartung erfüllt sich jedoch nicht immer. Es kommt vor, daß die Strafzumessungspraxis der verschiedenen Gerichte und Senate nicht einheitlich ist, auch wenn im Landesdurchschnitt die Strafzumessung und Anwendung der Maßnahmen eine relative Ständigkeit aufweisen. In anderen Proportionen und anderen durchschnittlichen Zeitdauern wird der Freiheitsentzug von dem einem oder anderen Gericht verhängt, der Strafvollzug bedingt ausgesetzt oder die Geldstrafe verhängt. Würden wir die Strafsachen und die Täter typisieren, würde sich wahrscheinlich herausstellen, daß die zum gleichen Typ gereihten Angelegenheiten, die für den Täter gleichen Typ verhängten Strafen und angewandten Maßnahmen einige Streuung aufweisen. Wir würden keine strenge Entsprechung zwischen der Tat und dem Täter einerseits und den Rechtsfolgen andererseits finden.

Eher jedoch erhielten wir eine beruhigende Antwort, wenn wir zwischen der Tat und den individuellen Eigenheiten des Täters einerseits und irgendeiner Skala der Rechtsfolgen andererseits die Korrelation suchen würden. Die wahrscheinliche Erklärung für die in der Gerichtspraxis zu beobachtenden Abweichungen ist in den unterschiedlichen lokalen Verhältnissen und den individuellen Eigenheiten der Richter zu suchen.

Notwendigerweise fragen wir, wie die Strafzumessung exakter gestaltet werden könnte, wie die unbegründete Streuung aus der Strafzumessung, der Anwendung der Rechtsfolgen ausgeschaltet werden könnte. Die wirksamste bei uns befolgte Methode ist die Ausarbeitung und Anwendung der rechtspolitischen Prinzipien des Strafrechts, die prinzipielle leitende Tätigkeit des Obersten Gerichts (in Form der Stellungnahmen der Kollegien, grundsätzlichen Entscheidungen und Richtlinien), die analysierende und informative Tätigkeit des Justizministeriums sowie die Aufsichtstätigkeit der Staatsanwaltschaft. Diesem Ziel dienen auch andere, rein prozessuale Mittel, namentlich das Rechtsmittelsystem. Doch trotz des Funktionierens dieser Systeme bleiben zwischen der Praxis der einzelnen Gerichte und Senate Unterschiede bestehen. Die Anwendung der Strafrechtsfolgen, die Strafzumessung ist nämlich keine einfache mathematische Additions-, Subtraktions- oder Multiplikationsoperation, sondern auch eine erwägende Tätigkeit. Zu deren Quantifikation kommt es vorläufig nicht, obwohl auch bei uns derartige Studien und Forschungen unternommen werden.

## 10. Die Grundsätze des Verfahrens<sup>7</sup>

Das Recht schreibt allein der Entscheidung des Gerichts und nicht anderer Behörden (der Ermittlungsbehörde oder der Staatsanwaltschaft) Wahrheitswert zu und setzt von ihr voraus, daß sie gesetzlich und gerecht

ist. Dieser Standpunkt des Rechts entspringt der Tatsache, daß allein im Gerichtsverfahren all die Prinzipien und Garantien mit Vollkommenheit zur Geltung kommen, die Voraussetzung der Herausbildung einer gerechten und gesetzlichen Entscheidung (eines solchen Urteils) sind. Das Recht vertritt diesen Standpunkt, und kann auch nichts anderes vertreten, als daß nur in einem die Prinzipien und Garantien verwirklichenden Verfahren eine wahre und gesetzliche Entscheidung getroffen wird. Das sind die rechtlichen Formkriterien der Wahrheit und zugleich der Gesetzlichkeit. Wenn diese fehlen, ist das Urteil nichtig und muß außer Kraft gesetzt werden.

Vom sozialistischen Recht und der Rechtswissenschaft wurde auf die Verfahrensprinzipien immer großes Gewicht gelegt. Dennoch könnten wir nicht jedes Prinzip, jede Garantie und Norm ganz ausführlich bestimmen, ohne deren Einhaltung es kein gesetzliches und wahres Urteil gibt. Die wichtigsten Prinzipien wurden von der Verfassung, den Verfahrensgesetzen, den Gesetzen über die Gerichte und die Staatsanwaltschaft formuliert und von der Rechtswissenschaft zusammengefaßt. Unter die wichtigsten Prinzipien und Garantien werden die Unabhängigkeit des Richters gereiht, die Wahl der Richter, die Ausschließlichkeit des Rechtswegs in Strafsachen, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung, das Recht zur Verteidigung, die Parteiengleichheit und der Gebrauch der Muttersprache.

Die Fälle der Kraftlosigkeit und Nichtigkeit des Urteils auf Grund des gültigen Rechts betrachtet, können wir die Normen und Prinzipien aufzählen, deren Einhaltung unabdingbare Voraussetzung für die Gesetzlichkeit des erstinstanzlichen Urteils darstellen. Dazu gehören: 1. Das Gericht hat über Gerichtsbarkeit zu verfügen, kompetent und zuständig zu sein; 2. der Urteilssenat hat in seiner gesetzlichen Zusammensetzung zu funktionieren und an ihm haben Schöffen teilzunehmen; 3. im Senat kann nicht der dem Gesetz zufolge ausgeschlossene und voreingenommene Richter Platz nehmen; 4. das Gerichtsverfahren muß auf gesetzliche Anklage erfolgen; Ankläger und Verteidiger müssen, wenn dies für sie bindend ist, an der Verhandlung teilnehmen; 5. der Angeklagte und andere müssen ihre gesetzlichen Rechte ausüben können; 6. die Verhandlung hat öffentlich zu erfolgen; 7. der Tatbestand muß entsprechend aufgedeckt und darf nicht mangelhaft sein und muß auf Beweisen beruhen; 8. das Urteil ist entsprechend zu begründen.

Eine sehr wichtige, prinzipielle Frage ist im Strafverfahren die Parteiengleichheit, die Gleichheit der Waffen. Es gab eine theoretische Diskussion darüber, ob es im Verhandlungsabschnitt des Strafverfahrens überhaupt Parteien gibt und ob die Parteiengleichheit existiert. Diese theoretische Diskussion ist heute bereits entschieden und auch das Gesetz selbst nimmt Stellung. Es besagt, daß im Strafverfahren im Laufe der Beweisführung dem Ankläger, dem Beschuldigten und dem Verteidiger gleiche Rechte zustehen. Dennoch kann es in der Praxis vorkommen, daß dies nicht reibungslos abläuft, denn die Strafverfolgungsorgane, die Ermittlungsbehörde und die Staatsanwaltschaft verfügen über eine bedeuten-



dere Organisation und technische Möglichkeiten, als der einzelne Verteidiger oder Angeklagte.

Im Interesse der Klarlegung der Probleme muß auf einige weitere wichtige Momente verwiesen werden. Der Verteidiger kann schon von Anfang des Ermittlungsabschnittes am Verfahren teilnehmen, kann Anträge stellen und Bemerkungen machen. Sehr wichtig ist es, daß es nach dem neuen Verfahrensgezet auch im Ermittlungsabschnitt beim Verhör des Beschuldigten und der Zeugen anwesend sein kann. Der Verteidiger ebenso wie der Belastete und der Geschädigte können bei Anhören des Sachverständigen, dem Augenschein, dem Beweisversuch und dem Vorzeigen zwecks Erkennung anwesend sein. Sie können also bei der hinsichtlich der Ermittlung wichtigen Ermittlungshandlung anwesend sein. Der Verteidiger kann sich am Ende der Ermittlung mit deren gesamten Schriftmaterial vertraut machen und zusammen mit dem Beschuldigten bei der Darlegung der Ermittlungsakten anwesend sein. Von den Verteidigern jedoch werden die vom Gesetz gegebenen Möglichkeiten zum größten Teil nicht genutzt, sie sind bei den Ermittlungshandlungen selten anwesend und benennen im Ermittlungsabschnitt selten Zeugen. Sie treten eher erst vor dem Gericht auf, mit der Vermutung, daß ihr Auftreten hier von größerer Wirkung ist.

Der Verteidiger kann keine formalen Privatermittlungen anstellen, sich jedoch um die Aufdeckung von Beweismitteln bemühen. Sehr wichtig ist es (und dies haben wir bereits erwähnt), daß er vom amtlichen Sachverständigen auch ein Privatgutachten anfordern kann, was er beim Aufbau der Verteidigung verwenden und es in die Argumentation der Verteidigung einbauen kann, was wiederum Anlaß zur Bestellung eines entsprechenden Sachverständigen bilden kann.

Beachtenswert ist, und dem kommt eine besondere Bedeutung zu, daß der Erfolg der Anklagerhebung durch den Staatsanwalt landesweit gesehen mehr als 90%-ig ist, worunter zu verstehen ist, daß in 90% der Urteile dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend die Schuld des Angeklagten festgestellt wird. Bei der Bewertung dieser Tatsachen muß in Betracht gezogen werden, daß fast 50% der Strafanzeigen nicht in den Gerichtsabschnitt gelangen, sondern bereits während der Ermittlung erlöschen (die Ermittlung wird entweder verweigert oder eingestellt). Die Staatsanwaltschaft bringt, wie das aus den Zahlen hervorgeht, nur noch bereits entsprechend gefilterte Angelegenheiten vor das Gericht.

Wenn wir von der Parteiengleichheit und der Gleichheit der Waffen sprechen, müssen wir auch der Rechtslage des Geschädigten einige Sätze zukommen lassen. In dem Verfahrenssystem, in dem die Offizialität zur Geltung kommt, wird der Schutz der Rechte des Geschädigten von Amts wegen von der Ermittlungsbehörde, dem Staatsanwalt und dem Gericht versehen. Der Geschädigte nimmt am Strafverfahren teil; er kann bei bestimmten Ermittlungshandlungen anwesend sein, am Ende der Ermittlung die Akten kennenlernen, gleich wann Anträge oder Bemerkungen stellen, zur Verhandlung anwesend sein, die Stellung von Fragen an die Verhörten beantragen und sich zu Wort melden. Er ist jedoch nicht als

Zweit-Ankläger zu betrachten, hat kein selbständiges Recht auf Einlegung von Berufung und im Fall der Einstellung der Ermittlungen hat er nicht das Recht, zusätzlich Privatklage zu erheben.

Ein schwacher Punkt des Schutzes des Geschädigten ist hauptsächlich in Verbindung mit den kleineren Vermögensdelikten zu spüren, von denen ein Teil (der Täter ist unbekannt) unaufgeklärt bleibt. Bei der Geltendmachung seiner zivilrechtlichen Ansprüche handelt der Geschädigte sowohl vor dem Zivil- als auch dem Strafgericht selbständig.

In Zivilangelegenheiten kann die Frage der Parteiengleichheit und der Gleichheit der Waffen besonders dann auftauchen, wenn die eine Partei sozial schwächer als die andere ist, wenn z.B. die eine Partei eine Privatperson, die andere ein Unternehmen ist. In diesen Fällen kann dem Staatsanwalt als dem, der das Recht hat, im Zivilprozeß an Seiten des Staatsbürgers zum Schutz von dessen Rechten aufzutreten, eine wichtige Rolle zukommen. Als wichtigen Schritt können wir auch die Tatsache bewerten, daß von den Gewerkschaften in den größeren Betrieben der gewerkschaftliche Rechtshilfedienst ins Leben gerufen wurde, der dem Rechtsschutz der Werktätigen der Unternehmen und Betriebe mit juristischer Ratgebung und auch Vertretung bei Prozessen dient. Eine eingehende Analyse der Gerichtspraxis würde wahrscheinlich nachweisen, daß die Gerichte in den Rechtsstreitigkeiten geneigt sind, die sozial schwächere Partei zu unterstützen.

**11.** Ungarn hat sich 1976 der Internationalen Übereinkunft des Jahres 1966 der Vereinten Nationen über zivile und politische Rechte angeschlossen. Wie bekannt, enthält besonders deren III. Teil richtungsweisende Grundsätze für die Verfahrensrechte. Die ungarischen Gesetze entsprechen diesen vollkommen. Sie geben jegliche Garantie, die vom Recht, vom Gesetz überhaupt gegeben werden kann.



## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Cséka Ervin: A büntető ténymegállapítás elméleti alapjai (Die Theoretischen Grundlagen der Tatsachenfeststellung im Strafverfahren) Budapest, 1968.

Földesi Tamás: A marxista filozófia bizonyításelméletének alapjai (Die Grundlagen der Beweistheorie der marxistischen Philosophie) Budapest, 1967.

Király Tibor: Criminal procedure, Truth and Probability, Budapest, 1979. 208. p.

Móra Mihály — Kocsis Mihály: A magyar büntető eljárási jog (Das ungarische Strafverfahrensrecht) Universitätslehrbuch; Budapest, 1961. S. 99 — 102. und S. 251 — 256.

<sup>2</sup> Király Tibor: Criminal procedure, Truth and Probability.

Névai László; — Szilbereky Jenő: Polgári eljárásjog (Zivilprozessrecht) Universitätslehrbuch, Budapest, 1974. S. 321 — 329.

<sup>3</sup> Kertész Imre: A kihallgatási taktika lélektani alapjai (Die psychologischen Grundlagen der Vernehmungstaktik) Budapest, 1965.

<sup>4</sup> Nagy Lajos: Tanúbizonyítás a büntetőperben (Zeugnenbeweis im Strafprozess) Budapest, 1966. S. 421 — 593.

Kertész Imre: A tárgyi bizonyítékok elmélete a büntetőeljárási jog és a kriminalisztika tudományában (Die Theorie der Sachbeweise in der Wissenschaft des Strafprozessrechts und der Kriminalistik) Budapest, 1972. S. 363 — 417.

Szilbereky Jenő: A bizonyítás (Die Beweisführung) in: Polgári eljárásjog (Zivilprozessrecht) Universitätslehrbuch, Budapest, 1974. S. 367 — 394.

Gödöny József: Bizonyítás a nyomozásban (Der Beweis in der Ermittlung) Budapest 1968. S. 207 — 216.

<sup>5</sup> Király Tibor: La présomption d'innocence. Acta Iuridica II. Fasc. 1 — 2. 1960. S., 83 — 112.

<sup>6</sup> Németh János: A rendkívüli perorvoslatok a magyar polgári eljárásjogban (Ausserordentliche Rechtsmittel im ungarischen Zivilprozess) Budapest, 1975. S. 103 — 278.

<sup>7</sup> Szabóné Nagy Teréz: A büntető eljárási rendszer alapjai (Die Grundlagen des Systems der Strafverfahrens) Budapest, 1966.

## ВОЗМОЖНОСТИ СПРАВЕДЛИВОГО СУДЕБНОГО РЕШЕНИЯ

д-р ТИБОР КИРАЙ

(Резюме)

Одним из необходимых условий справедливого решения является выяснение судом истины. Однако, опоздание истины наталкивается на естественные преграды (бег времени, уничтожение доказательств) и на юридические (запреты при доказывании). В случае неопределённости выяснения истины положение решается законами путём регулирования бремени доказывания (onus probandi), в уголовном процессе — путём презумпции невинности.

Право приписывает правоту только решению суда, а не другого ведомства (органа дознания или прокуратуры), и предполагает только его законным и справедливым. Эта точка зрения права вытекает из того, что только в судебном процессе действуют в полной мере принципы и гарантии, являющиеся условием принятия справедливого и законного решения. Право занимает позицию, и не может занимать иную, согласно которой справедливое и законное решение может быть принято только в процессе, осуществляющем принципы и гарантии справедливости. Ведь они представляют собой юридические формальные критерии справедливости и в то же время законности. Если их нет, решение недействительно, надо его отменить.

**THE POSSIBILITIES OF JUST JUDICIAL DECISION**

TIBOR KIRÁLY

(Summary)

The judicial establishment of truth is one of the indispensable conditions of just judgement. There are, however, natural limits of the establishment of truth (passing time, the loss of evidence) and legal as well prohibitions excluding evidentiary means). The law solves the problems originating from the uncertainty of the establishment of the truth by regulating the burden of proof (*onus probandi*), in criminal procedure by employing the presumption of innocence.

The law attributes the value of truth only to judicial decision and not to the decisions of other authorities (investigating authority, prosecutor) and assumes that a court decision is legal and just. This attitude is a consequence of the fact that it is in court proceeding that all the principles and guarantees which are the preconditions of the legal and just decision, have their full effect. The law represents the conviction and it may not represent anything else, according to which it is only in a procedure realizing the principles and guarantees that just and legal decisions can be made. These principles and guarantees are the legal formal criteria of truth and legality. If they are not present the decision is null and void and has to be quashed.